



Zeitschrift des  
Deutschen  
Juristinnenbundes

Herausgeber:

Der Deutsche  
Juristinnenbund e.V.

Vereinigung  
der Juristinnen,  
Volkswirtinnen und  
Betriebswirtinnen

Aus dem Inhalt

Fokus

Parität und Partizipation

- 129 Wahlsystem und Wahlrecht – Barrieren und Lösungsansätze für die Wahl von Frauen  
Lena Stephan / Sarah C. Dingler / Corinna Kröber
- 133 Geschlechtergerechte Teilhabe an der Staatswillensbildung  
Berit Völzmann
- 136 Die Parteienfinanzierung als Hebel für eine geschlechtergerechte(re) politische Teilhabe  
Kerstin Geppert
- 140 Parität vor Ort?!? Rechtliche Reformansätze für die Kommunalpolitik  
Helga Lukoschat / Kathrin Mahler Walther / Cécile Weidhofer
- 144 Die gleichen Kämpfe, aber andere Lösungsmöglichkeiten – Frauen in der Landespolitik  
Interview mit Katja Meier
- 147 Parteiinterne Demokratie, Parität und Partizipation  
Interview mit Yvonne Magwas und Renate Künast
- 150 Gendered Political Socialization  
Interview with Dr. Mathilde M. van Ditmars

Forum

- 152 Ja heißt ja: Frankreich reformiert sein Sexualstrafrecht  
Sylvia Cleff Le Divellec / Mailu Niehaus

Ausbildung

- 163 Für eine Feministische Rechtsgeschichte  
Louisa Hattendorff / Johanna Mittrop

djb for future

- 168 UN-Klimakonferenzen und Geschlechtergerechtigkeit  
Kathrin Otto

Interview

- 187 Porträt: Awet Tesfaiesus  
Amelie Schillinger / Maja Opitz

3 | 2025

28. Jahrgang September 2025  
Seiten 139–190  
ISSN 1866-377XW



Nomos

# Inhalt

## Fokus

### Parität und Partizipation

Wahlsystem und Wahlrecht – Barrieren und Lösungsansätze für die Wahl von Frauen Lena Stephan / Sarah C. Dingler / Prof. Dr. Corinna Kröber	129
Geschlechtergerechte Teilhabe an der Staatswillensbildung Prof. Dr. Berit Völzmann	133
Die Parteienfinanzierung als Hebel für eine geschlechtergerechte(re) politische Teilhabe Kerstin Geppert	136
Parität vor Ort?!? Rechtliche Reformansätze für die Kommunalpolitik Dr. Helga Lukoschat / Kathrin Mahler Walther / Cécile Weidhofer	140
Die gleichen Kämpfe, aber andere Lösungsmöglichkeiten – Frauen in der Landespolitik Interview mit Katja Meier	144
Parteiinterne Demokratie, Parität und Partizipation Interview mit Yvonne Magwas und Renate Künast	147
Gendered Political Socialization Interview with Dr. Mathilde M. van Ditmars	150

## Forum

Ja heißt ja: Frankreich reformiert sein Sexualstrafrecht Sylvia Cleff Le Divellec / Mailu Niehaus	152
Laudatio zur Aushändigung des Bundesverdienstordens an Prof. Dr. Maria Wersig Micha Klapp	154
Sommerfest im "Haus des Rechts" am 26. Juni 2025 in Berlin Ursula Matthiessen-Kreuder	157
Eine Leseempfehlung: „Jutta Limbach – Ein Leben für die Gerechtigkeit“ Uta Fölster	158
Rezension zum Film OXANA – MEIN LEBEN FÜR FREIHEIT Victoria Stillig	161

## Ausbildung

Für eine Feministische Rechtsgeschichte Louisa Hattendorff / Johanna Mittrop	163
Juristische Lebenswege: Wissenschaftlerin am Max-Planck-Institut Helene Piening	165
<b>djb for future</b>	
UN-Klimakonferenzen und Geschlechtergerechtigkeit Kathrin Otto	168

## Intern

Neues aus den Landesverbänden und Regionalgruppen	170
Erfahrungsbericht: Rückblick auf die Neugründung der Regionalgruppe Nordbayern im Jahr 2021 Sophie Schwab / Kristina Schönenfeldt	175
Der djb gratuliert	177
Nachruff für Johanna Bacher, geb. Lüke (1939–2025)	182
Nachruff für Renate Damm (1935–2025)	183
Nachruff für Prof. Dr. Monika Frommel (1946–2025)	185
Nachruff für Prof. Dr. Karin Graßhof (1937–2025)	185
Nachruff für Ingrid Weber (1940–2025)	186

## Interview

Porträt: Awet Tesfaesus Amelie Schillinger / Maja Opitz	187
--	-----

## Impressum

190



▲ Foto: Picture People

# Editorial

## Parität und Partizipation

Seit die ersten Paritätsgesetze vor Landesverfassungsgerichten scheiterten, ist der politische Schwung des Paritätsanliegens erlahmt. Bei der Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition geriet es ins Hintertreffen. Hierzu passt, dass die Einbindung von Frauen in relevante politische Arenen derzeit wieder abnimmt, wie jüngste Wahlergebnisse belegen. Auch der Zeitgeist lässt das Paritätsanliegen in den Augen mancher derzeit als abwegig erscheinen: Weil die extreme Rechte die Kulturkampfrhetorik aus den Vereinigten Staaten kopiert und mit einem scharfen Backlash auch gegen feministische Politiken Wählende gewinnt, schreckt auch das gemäßigste politische Spektrum vor offensiven Schritten zurück oder spricht sich gegen Geschlechterparität aus.

Dieser kultukämpferischen Eskalation liegt ein Irrtum zu grunde: Auch wenn Forderungen nach Parität im Sinne starrer hälftiger Quoten zwischen den politischen Parteien umstritten bleiben mögen, besteht außerhalb extrem rechter Utopien ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der anerkennt, dass die Rolle der Frau sich heute nicht in Haushaltsführung und der Pflege von Kindern und Angehörigen erschöpft, sondern ein selbstbestimmtes Berufsleben mit umfasst. Jahrzehnte der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik basieren auf dieser Prämisse, die das Grundgesetz in Art. 3 Abs. 2 GG auch einfordert, und die Mitarbeit von Frauen wird gebraucht. Politik kann hiervon nicht ausgenommen sein. Die Teilhabe von Frauen an der politischen Gestaltung des Gemeinwesens ist deshalb kein Modethema, sondern eine Frage der grundlegenden Gerechtigkeit und des guten Regierens.

Wer unter politischer Repräsentation von Frauen deren Anteil unter aktiven Politiker\*innen versteht, stößt auf eine offensichtliche Lücke: 32,4 % der Bundestagsabgeordneten, 33,2 % der Landtagsabgeordneten, 30,5 % der kommunalen Abgeordneten und 13,5 % der Bürgermeister\*innen sind weiblich, obwohl der Frauenanteil der Bevölkerung bei 51,7 % liegt.<sup>1</sup> Aber auch, wer ein anderes Verständnis von Repräsentation vertritt, sollte daran interessiert sein, Ursachen für diese Divergenz zu verstehen. Denn spätestens dort, wo hieraus faktische Zugangshürden für Frauen entstehen, kann nicht mehr schulterzuckend behauptet werden,

der Unterschied beruhe auf weiblicher Wahlfreiheit. Wenn es Frauen nämlich aufgrund gewachsener Strukturen schwerer haben, politische Ämter zu ergreifen, ist ebenso strukturell über Abhilfe nachzudenken.

Der Blick nach Frankreich zeigt, dass es möglich ist, eklatante Repräsentationsunterschiede durch gesetzgeberische Maßnahmen massiv zu verringern. Dabei ist das Spektrum an Handlungsmöglichkeiten weit: Eine Möglichkeit ist die ausdrückliche Verfassungsänderung nach französischem Vorbild, die etwa die gleichberechtigte Teilhabe in gesetzgebenden Körperschaften und öffentlichen Ämtern vorsieht. Vielfältige wahlrechtliche Ansätze werden vorgebracht. Daneben werden Anreize der Parteienfinanzierung diskutiert, die einen Kulturwandel in den Parteien fördern sollen. Ebenso dringlich scheint eine Verbesserung der Rahmenbedingungen politischer Partizipation. Hier gilt es, Teilhabe bei paralleler Familienarbeit zu ermöglichen und den Schutz vor geschlechtsspezifischen Anfeindungen zu verbessern, gerade im digitalen Raum. Auch die politische Bildungsarbeit ist angesprochen, Frauen frühzeitig und gezielt einzubinden. Noch grundlegender können demokratietheoretische Alternativen ergänzend mitgedacht werden. Eine männlich geprägte parlamentarische Regierungsform, die sich etwa in einer bestimmten männlichen Form des mündlichen Ausdrucks zeigt, ließe sich ergänzen durch weitere Formen politischer Einflussnahme: Korporatistische Modelle, die Gruppen repräsentieren wie etwa im Bereich der Tarifautonomie oder der Fernsehräte, könnten Fraueninteressen gezielt einbinden, etwa auf Landesebene. Auch deliberative Ansätze, die repräsentative Samples der Bevölkerung beteiligen, wären geeignet, Frauen eine niedrigschwellige Form der Beteiligung zu ermöglichen.

Angesichts eines derart bunten Straußes an Möglichkeiten will dieser djbZ-Fokus die Debatte um die politische Teilhabe von Frauen (vgl. hierzu bereits djbZ 3/2019) nach der Resignation infolge der Paritätsurteile in der Form eines kollektiven Brainstormings wiederbeleben. Dies umso mehr, als die Wahlrechtskommission im Koalitionsvertrag damit beauftragt ist, die „gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen im Parlament“ zu prüfen.<sup>2</sup> Corinna Kröber, Lena Stephan, Sarah Dingler, Kerstin Geppert, Berit Völzmann, Katja Meier, Anne Schettler, Helga Lukoschat, Kathrin Mahler Walther, Cécile Weidhofer, Renate Künast, Yvonne Magwas und Mathilde van Ditmars nehmen Parität auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ebenso in den Blick wie Fragen des Wahlrechts, parteiinterner Strukturen und geschlechtsspezifischer Unterschiede der politischen Sozialisation.

**Eva Marguerite Herzog, LL.M. (Yale)**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt Universität zu Berlin und Mitglied der djb-Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung

1 tagesschau vom 05.03.2025, online: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/frauen-parlamente-102.html>

2 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, Rz. 4516f.